

Komitee für Grundrechte und Demokratie e. V.

Aquinostr. 7-11
50670 Köln
Telefon 0221 / 972 69-20 oder -30
Telefax 0221 / 972 69-31

info@grundrechtenkomitee.de
www.grundrechtenkomitee.de

Arbeitsbericht der Geschäftsstelle

Berichtszeitraum: November 2015 – November 2017

Vorgelegt zur Mitgliederversammlung des Grundrechtekomitees am 4. November 2017

Einführung

Zur alle zwei Jahre stattfindenden Mitgliederversammlung berichtet die Geschäftsstelle über die wichtigsten Aktivitäten des Grundrechtekomitees in den verschiedenen Arbeitsbereichen. Wir geben einen zusammenfassenden Überblick über die politisch relevanten Tätigkeiten und möchten damit zur Reflexion und zur Diskussion über weiterführende Perspektiven anregen.

Der Finanzbericht einschließlich des Revisionsberichtes wird eigens vorgelegt. Die Probleme sinkender Spenden- sowie Beitragseinnahmen werden uns weiterhin beschäftigen.

- Personell arbeitete die Geschäftsstelle im Berichtszeitraum kontinuierlich mit drei Referatsstellen, die mit Martin Singe, Dirk Vogelskamp und Elke Steven besetzt sind bzw. waren, denn Elke Steven hat zum 30. September 2017 das Grundrechtekomitee verlassen. Wir alle danken ihr ganz herzlich für ihr über mehr als zwei Jahrzehnte währendes politisch menschenrechtliches Engagement und wünschen ihr für ihre berufliche und persönliche Zukunft alles erdenklich Gute.

Mit Michèle Winkler und Britta Rabe beginnen zum Jahresende zwei neue engagierte und kompetente Kolleginnen ihre Arbeit als Referentinnen in der Geschäftsstelle. (ggf. kurz Vorstellung). Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit und begrüßen sie ganz herzlich.

- Die politische und organisatorische Arbeit des Komitees wurde wie gewöhnlich in den regelmäßig tagenden Ausschussgremien, im Geschäftsführenden Vorstand (Heiner Busch und Theo Christiansen), im Vorstand sowie im Arbeitsausschuss beraten, koordiniert und die Umsetzung in Zusammenarbeit mit den Referentinnen auf den Weg gebracht. Die Umstrukturierung in der Geschäftsstelle wurde von allen Kolleginnen und Kollegen im Vorstand intensiv und solidarisch begleitet. Über die Art der Fortsetzung der komiteelichen Arbeit wurde gemeinsam lange und konstruktiv diskutiert. Wir danken allen Kolleginnen und Kollegen im Vorstand ganz herzlich für ihre Bereitschaft, die außerordentlichen Anstrengungen, die damit einhergegangen sind, auf sich

zu nehmen.

- Der Rundbrief des Komitees für Grundrechte und Demokratie (Informationen) erschien 2016 in fünf Ausgaben. Den komiteelichen Newsletter wird die Geschäftsstelle zukünftig in vier Ausgaben für alle Interessierten und Fördermitglieder bereitstellen, so wie wir das bereits in diesem Jahr gehandhabt haben. Professionell gestaltet wird der Rundbrief von unserer Kollegin Bettina Buschky.
- Mit sieben weiteren Bürgerrechtsorganisationen gibt das Grundrechtekomitee den jährlich erscheinenden Grundrechte-Report im Fischer-Verlag heraus. Elke Steven war seitens des Grundrechtekomitees bislang Mitherausgeberin und arbeitete intensiv in der Redaktion mit. Für das Grundrechtekomitee wird (vorläufig) das Vorstandsmitglied Helmut Pollähne in der Redaktion mitarbeiten und das Grundrechtekomitee in der Herausgeberschaft vertreten.
- Zum 80. Geburtstag von Wolf-Dieter Narr, Mitbegründer und langjähriger Sprecher des Grundrechtekomitees, gibt das Komitee für Grundrechte und Demokratie einen Band mit einigen seiner Aufsätze heraus, die von Weggefährtinnen und Weggefährten kurz eingeleitet und kommentiert werden. Die ausgewählten Schriften unter dem Titel „Radikale Kritik und emanzipatorische Praxis“ erscheinen in diesen Tagen im Verlag Westfälisches Dampfboot. Dirk Vogelskamp hat die Herausgabe des Bandes redaktionell zusammen mit Markus Wissen und Roland Roth konzentriert begleitet. Zugleich wird von Fabian Georgi eine Website mit allen Texten von Wolf-Dieter Narr erstellt und demnächst zugänglich gemacht. Mit der Erfassung der Artikel und Schriften von Wolf-Dieter Narr, die er im Kontext des Grundrechtekomitees verfasst hat, unterstützt die Geschäftsstelle arbeitsaufwendig das Projekt.

Seit 1980 beschäftigt sich das Komitee für Grundrechte und Demokratie mit den manifesten sowie strukturellen Verletzungen von Grund- und Menschenrechten in der Bundesrepublik Deutschland. Jahr für Jahr können wir uns nur auf wenige thematische Schwerpunkte konzentrieren. Hier nur wenige Anführungen für den Berichtszeitraum.

I. Demonstrationsbeobachtungen | Versammlungsrecht

- Mit annähernd 43 Beobachterinnen und Beobachtern war das Grundrechtekomitee bei den Demonstrationen und Protesten rund um den G-20-Gipfel im Juli 2017 in Hamburg zugegen. Wir haben dazu mehrere Pressemitteilungen, eine Abschlusserklärung und einen ausführlichen Bericht der Demonstrationsbeobachtungen in einer kleinen Broschüre herausgegeben. Darin werden die maßlosen Polizeieinsätze, die extreme polizeiliche Gewaltanwendung sowie die massiven Strafandrohungen und willkürlichen Verhaftungen skandalisiert und dokumentiert. Die komiteelichen Stellungnahmen und Berichte fanden eine breite mediale und politische Aufmerksamkeit. Mit den arbeits- und zeitaufwendigen Demonstrationsbeobachtungen setzen wir uns komiteelich kritisch mit der Polizeipraxis und den Ordnungsverfügungen bei politischen Versammlungen auseinander und streiten für ein demokratisch und grundrechtlich unverkürztes Versammlungsrecht. Aufgrund begrenzter materieller und personeller Ressourcen können wir gar nicht allen an uns herangetragenen Bitten um Demonstrationsbeobachtungen nachkommen.

- Im Dezember 2015 wurde eine Demonstration in Leipzig komiteelich beobachtet. Hier hatten rechtsnationalistische Gruppierungen, u.a. die ausländerfeindliche „Offensive für Deutschland“, zu einem Marsch in den linksalternativen Stadtteil Connewitz aufgerufen. Ein breites politisches Bündnis mobilisierte dagegen. Für die eskalierenden Auseinandersetzungen im Zuge der Demonstrationen wurden in den bürgerlichen Medien vor allem „linke Chaoten“ verantwortlich gemacht, ohne auf die zugrundeliegenden politischen und gesellschaftlichen Konfliktbedingungen und das polizeilich Auftreten überhaupt einzugehen.
- Im Berichtszeitraum haben vor allem Elke Steven und Heiner Busch in verschiedenen Publikationsorganen zum Versammlungsrecht, zu den Verschärfungen im Polizeirecht sowie zu Fragen der „Inneren Sicherheit“ Stellung bezogen. In mehreren Presseerklärungen haben wir unseren Protest gegen die Ausweitungen von BKA-, Verfassungsschutz- und Polizeigesetzen zum Ausdruck gebracht. Vor allem die Verschärfungen der StGB-Paragrafen 113 und 114 – Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte – bedeuten einen massiven Eingriff in die Demonstrationsfreiheit, da hinsichtlich der Tathandlungen ein fast grenzenloser Interpretationsspielraum eröffnet worden ist, der vor allem die Definitionsmacht der Polizei über das Geschehen weiter stärken wird.

II. Ratschläge und Studientage

Das Grundrechtekomitee konzipiert seit ein paar Jahren eintägige Studientage oder Ratschläge, um mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern sowie Mitstreiterinnen und Mitstreitern aus dem bürgerrechtlichen Spektrum über drängende Fragen der Gegenwart gemeinsam zu diskutieren und sich auszutauschen, immer mit dem Ziel, damit breitere Debatten anzustoßen.

a) Nationalismus | Antirassismus

Am 4. Februar 2017 veranstaltete das Grundrechtekomitee einen Ratschlag zum Thema „Kampf gegen Nationalismus und Rassismus – demokratische Milieus stärken“. Gemeinsam mit namhaften Referentinnen und Referenten wurden rechtspopulistische, rassistische und nationalistische Tendenzen in der Gesellschaft analysiert und über bürgerrechtliche Handlungsansätze und -möglichkeiten vor Ort debattiert.

b) Autonomie und Selbstbestimmung in der modernen Medizin

Am 14. November 2015 ging ein kompetent besetzter Ratschlag unter dem Titel „Mein Körper gehört mir“ der Frage nach, inwieweit noch von Selbstbestimmung ausgegangen werden kann, zumal in Zeiten von medizinischen Datensammlungen (big data), eines komplex erzeugten medizinischen Wissens und seiner Kommerzialisierung. Die Tagung wurde von der Arbeitsgruppe „Gesundheit“ im Grundrechtekomitee vorbereitet.

III. Asyl- und migrationspolitische Interventionen

Seit vielen Jahren erhebt das Komitee für Grundrechte und Demokratie zusammen mit anderen Bürger- und Menschenrechtsorganisationen immer wieder kritisch und praktisch seine Stimme

gegen eine menschenrechtswidrige Flüchtlings- und Migrationspolitik in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa.

- Das Komitee für Grundrechte und Demokratie hat die Zusammenkunft „Welcome 2 Stay“ vom 10. bis 12. Juni 2016 in Leipzig aktiv mit vorbereitet. Ebenso haben komiteeliche Mitstreiterinnen an der inhaltlichen und praktischen Ausgestaltung mitgewirkt. Dieses große Zusammentreffen unterschiedlicher Bewegungen entsprach offensichtlich den Bedürfnissen und Erwartungen vieler engagierter Gruppen und Initiativen sowie nach Handlungsmöglichkeiten suchenden Bürgerinnen und Bürgern, die sich kennenlernen, austauschen, vernetzen, die sich über die gesellschaftlichen Bedingungen, über gesellschaftsverändernde Praxis verständigen, die sich orientieren wollten. Zeitweise waren bis zu achthundert Besucherinnen und Besucher in der Leipziger Alten Messe anwesend.
- Das Grundrechtekomitee hatte im März 2016 einen vielbeachteten und von vielen Bürgerinnen und Bürgern geteilten „Idomeni-Appell“ an die Bundesregierung gerichtet, die in Idomeni (Griechenland) im Elend festsitzenden Menschen auf der Flucht endlich aufzunehmen. In ähnlicher Weise haben wir in den zurückliegenden beiden Jahren verschiedentlich die Forderung nach sicheren Fluchtwegen thematisiert.
- Mit weiteren Stellungnahmen haben wir gegen die Verschärfungen im Asyl- und Aufenthaltsrecht, insbesondere gegen das „Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht“, protestiert und in Freiburg ein Bürgerasyl unterstützt, in das eine sechsköpfige Roma-Familie Zuflucht gefunden hatte.

III. Friedenspolitisches Engagement

Die Kolleginnen der Aktion „Ferien vom Krieg – Dialoge über Grenzen hinweg“, Barbara Esser und Tessa Pariyar, werden einen eigenen kurzen Bericht über ihre Arbeit vorlegen.

- Die thematischen Auseinandersetzungen in den letzten beiden Jahren betrafen vor allem Fragen zum Krieg in Syrien/Irak und Möglichkeiten einer alternativen menschengerechteren Politik. Dabei sind immer wieder der größere Kontext des Nah-Ost-Konfliktes, die aktuellen Spannungen im Ost-West-Konflikt sowie die verschärfte Atomwaffenentwicklung kritisch in den Blick genommen worden. Gleichsam stand auch die massive grundrechtswidrige Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung im Fokus der Kritik, die zynisch mit „Ertüchtigung von strategischen Partnern“ legitimiert wird (u.a. Saudi-Arabien).
- Am 19. Juni 2016 veranstalteten wir mit rund 80 Teilnehmenden ein friedenspolitisches Symposium zur Erinnerung an Andreas Buro, der im Januar verstorben war. Sein Tod bedeutete auch für das Grundrechtekomitee einen schweren Verlust. Der Kongress, bei dem bekannte Friedensforscherinnen und Friedensforscher sowie Freunde und Aktivistinnen referierten, ist komiteelich dokumentiert worden. Anlässlich des Todes von Andreas Buro wurde auch eine Sonderausgabe des Friedens-Forums mit wichtigen Beiträgen von Andreas herausgegeben, die noch erhältlich ist.

- Wir arbeiten weiterhin mit der bundesweiten „*Kooperation für den Frieden*“ sowie dem „*Netzwerk Friedenskooperative*“ eng zusammen. Unsere redaktionelle Mitarbeit in der Zeitschrift *FriedensForum* (Martin Singe) setzen wir fort. In diesem zentralen Medium der Friedensbewegung werden auch immer wieder Artikel von Mitstreiterinnen und Mitstreitern aus dem Grundrechtekomitee veröffentlicht. Außerdem sind wir in der „*Kampagne Atomwaffen abschaffen*“ vertreten. Am Atomwaffenstandort Büchel haben wir mehrfach Demonstrationen und Blockadeaktionen (mit)veranstaltet. Martin Singe kritisierte für das Grundrechtekomitee in öffentlichen Reden an den Hiroshima-Gedenktagen 2016 in Bonn sowie 2017 in Köln die menschenrechtswidrige bundesdeutsche Atomwaffenpolitik der nuklearen Teilhabe.

Es gibt immer wieder Gelegenheiten zu Protesten und Stellungnahmen in einer auf das Militär konzentrierten Gesellschaft. Nachfolgend nur einige Aktionen, an denen wir uns in den letzten zwei Jahren beteiligt haben:

- Mit Partnerorganisationen veranstalteten wir wiederholt anlässlich der Hauptversammlung von *Rheinmetall* Protestaktionen in der Düsseldorfer Innenstadt. In Düsseldorf hat die Rheinmetall AG ihren Hauptsitz. Parallel organisierten von uns unterstützte Gruppen in Berlin Proteste vor dem Ort der Aktionärshauptversammlung.
- Wir haben unseren Protest gegen den Tag der Bundeswehr und die Rekrutierung von Kindern/Jugendlichen, die in Widerspruch zur UN-Kinderrechtskonvention steht, fortgesetzt und entsprechende Veröffentlichungen herausgegeben und Aktionen veranstaltet.
- Die Prozesse gegen Antimilitaristinnen und Antimilitaristen in Bonn und Cochem, die das Gefechtsübungszentrum bei Magdeburg sowie das Militärgelände in Büchel betreten hatten, begleiten wir solidarisch und unterstützen sie.
- Mehrfach haben wir Stellung genommen gegen den forcierten Einsatz der Bundeswehr im Inneren und die grundgesetzwidrige Zusammenarbeit von Bundeswehr und Polizei.
- In einer Stellungnahme protestierten wir gegen die Abschaffung der Strafbarkeit der Vorbereitung von Angriffskriegen im Strafgesetzbuch (§ 80). Die Verlagerung ins Völkerstrafrecht (§ 13) ist mit so vielen Vorbehalten versehen, dass eine Strafbarkeit bei Angriffskriegen praktisch ausgeschlossen wird. Das widerspricht dem Grundgesetz-Artikel 26 fundamental.

IV. Gefangenenarbeit

Christian Herrgesell hat zum Bereich der Gefangenenbetreuung einen eigenen Bericht vorgelegt.

- Im Berichtszeitraum gab es zwei Treffen der komiteelichen Arbeitsgruppe, an der sich weitere Initiativen aus dem Bereich Strafvollzug beteiligen. Mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Straffälligenhilfe, dem Strafvollzugsarchiv, dem Arbeitskreis Kritischer Strafvollzug und dem Kölner Appell haben wir gemeinsam Perspektiven für unsere Arbeit entwickelt. Themen, mit denen wir uns beschäftigen, sind u.a. die Forderung nach der Rente für Gefangene, die Auseinandersetzung

um die Lebenslange Freiheitsstrafe, Fragen zum Abolitionismus und zur Zurückdrängung von Freiheitsstrafen sowie zur Forensischen Psychiatrie.

- Unsere politische Kampagne zur „Rente für Gefangene“ haben wir auf verschiedenen Ebenen publizistisch und in politischen Kontakten fortgesetzt. Im Dezember wird sich die Arbeits- und Sozialminister-Konferenz (ASMK) mit der Problematik befassen und vermutlich eine Vorlage verabschieden. Ob ein Signal an die Bundesregierung gegeben wird, ein entsprechendes Gesetz zu erlassen, ist noch offen. Gleichwohl ist die Kampagne, die wir gestartet haben, sehr erfolgreich, da es das für die Inhaftierten so wichtige Gerechtigkeitsthema wieder auf die politische Agenda gesetzt hat, wenn auch nur in Trippelschrittchen. Martin Singe hat bei einer Tagung der Linken im Landtag Brandenburg im Mai 2016 ein ausführliches Referat zu dieser Problematik vortragen können.
- Die einzigartige komiteeliche Aktion „*Bücher und Schreibmaschinen für Gefangene*“ läuft sehr erfolgreich und trifft bei den Inhaftierten auf eine so große Nachfrage, dass wir sie aufgrund der begrenzten Mittel leider nicht gänzlich befriedigen können. Diesen Teil der Arbeit wird in hervorragender Weise von unsere Kollegin Bettina Buschky organisiert.

V. Gesundheitspolitik

- Gemeinsam mit dem Gen-ethischem Netzwerk und der Organisation Bioskop hatte das Grundrechtekomitee an alle Bundestagsabgeordneten appelliert, dem vierten Gesetz zur Änderung arzneimittelrechtlicher und anderer Vorschriften nicht zuzustimmen, da es Tür und Tor für fremdnützige Forschung an Menschen, die nicht einwilligungsfähig sind, öffnen würde.
- Darüber hinaus arbeitete die Arbeitsgruppe zusammen mit Wolfgang Linder intensiv an Fragen des Datenschutzes im Kontext großer Biodatenbanken wie sie beispielsweise für die „Nationale Kohorte“ erhoben werden. Die deutschen Datenschutzvorgaben stehen, vereinfacht ausgedrückt, im Widerspruch zum Europäischen Datenschutz. Sie hebeln, um Forschungsinteressen entgegenzukommen, das informationelle Selbstbestimmungsrecht aus.

VI. Sonstige Aktivitäten

Weiterhin kooperieren wir eng mit anderen Bürgerrechtsorganisationen sowie mit der Allianz für Rechtssicherheit, so dass wir themenbezogen auch gemeinsam agieren können. Inzwischen haben wir auf unserer Internetseite einen Meinungsblog mit Kommentarfunktion eingerichtet, auf dem in unregelmäßigen Abständen rasch auf aktuelle Ereignisse reagiert werden kann. Verantwortet wird der Meinungsblog inzwischen von Heiner Busch und Hellmut Pollähne. Auch in den Sozialen Medien wie Facebook und Twitter sind wir unterwegs. Zwar noch nicht perfekt, aber immerhin!

Köln, im Oktober 2017

gez. Martin Singe | Dirk Vogelskamp